



Glückwunsch zum 8. März



Im Rathaus



Seiten 2-4

Parteilieben



Seiten 6-7

## Protest

Gegen die Schließung der Schwimmhalle in der Pankower Wolfshagener Straße protestiert die Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport, Christine Keil (PDS).

In einem Brief an Sportsenator Klaus Böger (SPD) kritisiert sie auch die Vorgehensweise, mit einem beabsichtigten Schließungsbeschluß dem Bezirk gegebene Zusagen für eine vollständige Sanierung rückgängig zu machen und damit zu unterlaufen. „Ich gehe sogar soweit zu behaupten, daß der Bezirk und somit die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, Schulen und Sportvereine unter Vorspiegelung einer begonnenen Sanierung vorsätzlich getäuscht worden sind“, heißt es in dem Schreiben weiter.

Da es keine offizielle Information seitens der Bäderbetriebe an das Bezirksamt Pankow gegeben hat,

schildert die Bezirkspolitikerin, wie sich der Sachverhalt für sie darstellt. Demnach mußte der Hallenbetrieb im Frühsommer 2001 wegen eines schweren Schadens in der Wasseraufbereitung eingestellt werden. Daraufhin sei eine Entscheidung für eine vollständige Sanierung einschließlich Finanzierungsplänen getroffen worden. Damit verbunden war die Bitte an das Bezirksamt, bei den Nutzern der Einrichtung um Verständnis für die temporären Einschränkungen zu werben. Ein entsprechendes Bauschild signalisierte bald darauf die scheinbar begonnenen Bauarbeiten und ließ Hoffnung auf eine Kombination von Freibad und Schwimmhalle ab Sommer 2002 keimen, so daß die Nutzer unter erheblichem Mehraufwand und die Vereine selbst unter Mitgliederverlust die örtliche Verlage-

rung in die Einrichtung in der Landsberger Allee in Kauf genommen hatten. Mit der Ablehnung fordert die Bezirksstadträtin zudem grundlegende Informationen zu den Gründen der Schließung, eine Darstellung der zugrunde gelegten Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und Finanzierungskonzepte sowie die Entwicklung von akzeptablen Alternativen zur Schließung. Christine Keil weiter: „Die Schwimmhalle Wolfshagener Straße wird unbedingt für den Schwimmunterricht benötigt. Die Aufgabe der bewährten Kombination aus Freibad und Halle, auch die wetterbedingte wechselseitige Nutzung im Sommer, wird zu weiteren Einnahmeverlusten des Freibades führen und einen effektiven Personaleinsatz nicht mehr erlauben.“

ba/kw



## Solidarität mit Spreequell

Der einzige Mineralbrunnen in der Hauptstadt soll verschwinden. Mit der Behauptung, die Produktion in Berlin sei zu teuer, soll der Standort der „Spreequell Mineralbrunnen GmbH“ in der Weißenseer Indira-Gandhi-Straße geschlossen werden. Und dies, obwohl der Betrieb profitabel arbeitet. Durch diese Schließung werden bis zu 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Um diesen Plänen entgegenzutreten, hat die Belegschaft die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sie mit einer Unterschriftenaktion zu unterstützen. „Zeigt uns eure Solidarität und unterstützt uns mit eurer Unterschrift im Kampf um den Erhalt unserer Arbeitsplätze! Jeder Arbeitsplatz, der erhalten bleibt, ist nicht nur wichtig für die Menschen, er ist auch wichtig für die Stadt“, heißt es in dem Aufruf von Betriebs-

rat und Belegschaft. Ziel der Belegschaft ist es, bis zur nächsten Aufsichtsratssitzung der Muttergesellschaft 10.000 Unterschriften zu sammeln und sie in Dortmund dem Aufsichtsratsvorsitzenden Rampel zu übergeben.

Vordrucke für die Unterschriftenlisten stehen im Laden im Dritten in der Kopenhagener Straße und im PDS-Fraktionsbüro in der Fröbelstraße zur Verfügung. kw

## Ausschüsse besetzt

Nach der langwierigen Zangengeburt der Bürgermeisterwahl, die der neuen BVV kaum mehr Raum als für politische Feuerwehreinsätze ließ, gestaltete sich die weitere Konstituierung der Geremien der BVV eher zügig. Ohne größere Schwierigkeiten einigten sich die Vertreter der Parteien auf den Zuschnitt der Ausschüsse – was ihnen insofern leichter fiel, als ihnen das Bezirksamt einen Teil der Arbeit abgenommen hatte: der Zuschnitt der Ausschüsse spiegelt die Geschäftsver-

teilung im Bezirksamt wider. Die Verteilung der jeweiligen Ämter der/des Ausschußvorsitzenden folgte wieder gutem parlamentarischen Brauch: Es soll nach Möglichkeit vermieden werden, daß dem Stadtrat einer bestimmten Partei ein Ausschußvorsitzender der selben Partei gegenübersteht. Nach diesem Algorithmus wurden folgende Mitglieder der PDS-Fraktion zu Vorsitzenden in Ausschüssen gewählt: Bauen/Wohnen – Thomas Fritsche, Bürgerbeteiligung/Eingaben/GO –

Dr. Axel Bielefeldt, Gesundheit/Soziales – Joachim Hildenstein, Gleichstellung/Migration – Tina Pfaff, Stadtentwicklung/Verkehr – Thomas Goetzke. Insgesamt bildete die BVV 12 Ausschüsse. Neben den genannten die für Finanzen/Immobilien/Personal, Jugendhilfe, Kultur/Bildung, Rechnungsprüfung, Schule/Sport, Umwelt/Natur und Wirtschaft. Nun muß die Arbeit schnell beginnen, denn drängend stehen die Haushaltsberatungen an. *Wolfram Kempe*

Almuth Nehring-Venus im Gespräch mit „extraDrei“

## Rathaus-Neuling will Wege ebnen

Warum begibt sich die Stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner PDS nach einem von ihr geführten erfolgreichen Wahlkampf in die bezirklichen „Niederungen“ mit all ihren Mühen?

Mein Eindruck: Weil sie sich ernst nimmt. Weil ihre Partei im Bezirk sie braucht. Weil die Leute ihr das zutrauen. Vielleicht ist auch ein bißchen Ehrgeiz mit im Spiel.

Die neue Bezirksstadträtin für Kultur und Wirtschaft ist kein Neuling in der Kommunalpolitik. Sie war seit 1999 stellvertretende Vorsitzende der PDS-Fraktion in der BVV Prenzlauer Berg, engagierte sich im Gleichstellungs- und im Wirtschaftsausschuß. Nach der Bezirksfusion wurde sie Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, lobte und kritisierte das Bezirksamt, fragte nach, regte an und sicher auch auf. Nun sitzt sie im BVV-Saal vorn, auf der anderen Seite.

### Platzwechsel

Als Chefin einer Verwaltung mit 350 Mitarbeitern muß sie nun Entwicklungspläne für den Bezirk erarbeiten lassen, eigene Ideen beisteuern, mündliche, kleine und große Anfragen der Bezirksverordneten beantworten, im Bezirksamt Vorlagen erörtern und entscheiden, sich mit dem Senat streiten, Investoren anhören, Ausstellungen eröffnen, berechtigten Bürgerwünschen nachgehen.

Ein paar Monate brauche sie schon, sagt sie, um in ihre neue Verantwortung hineinzufinden und die eigene Rolle zu bestimmen. Dabei kommen ihr die Erfahrungen aus der BVV zugute. „Ich bevorzuge einen offenen, kommunikativen Arbeitsstil – im Bezirksamt wie gegenüber den Fraktionen und Mitarbeitern der Abteilung. Entscheidungsprozesse sollen transparent verlaufen, auch wenn das Zeit kostet. Die Bürgerinnen und Bürger müssen nachvollziehen können,

warum wir so handeln und nicht anders.“

### Was der Bezirk kann

Kaum im Amt, ist die neue Wirtschaftsstadträtin gefragt. In Buch soll die Spar-Kaufhalle in der Bruno-Apitz-Str. 14, die einzige Versorgungsmöglichkeit im Umkreis, zugemacht werden. Die BVV, hunderte Bucher Bürger, darunter die eigenen Genossen, erwarten, daß das Bezirksamt eingreift. Almuth Nehring-Venus recherchiert und erfährt: Grundstück und Nutzung gehören in die Verantwortung des Liegenschaftsfonds, einer Landeseinrichtung. Ein Hennigsdorfer Bauträger, dem 500 Wohnungen in der Umgebung gehören, will seine Mieter halten, deshalb die Fläche erwerben, die Halle sanieren und einen neuen Betreiber finden. Wann in Buch 1 und 2 wieder „um die Ecke“ eingekauft werden kann, hängt nicht vom Bezirksamt ab, aber die Stadträtin kann drängeln und Informationen geben. Das tut sie. Die nächste Hiobsbotschaft wartet schon im Vorzimmer: Spreequell will den Standort Weißensee aufgeben...

### Trauriger Rekord

Der Nordostbezirk hatte im Januar 30.003 registrierte Arbeitslose – für Almuth Nehring-Venus ein unerträglicher Fakt. Im PDS-Wahlprogramm sind vernünftige Gedanken für eine innovative Beschäftigungspolitik im Bezirk festgehalten. Die Stadträtin sieht das ganz praktisch: „Ich will Wege ebnen, Kontakte vermitteln, Informationen anbieten, europäische Fördermittel erschließen helfen, insgesamt eine produktive Atmosphäre schaffen, um kleine und mittlere Unternehmen, Existenzgründer und Gewerbetreibende zur Schaffung von Arbeitsplätzen anzuregen. Das bezirkliche Bündnis für Arbeit und Ausbildung soll dabei eine wichtige Rolle spielen.“ Übrigens, der erste Investor war schon da. Daß die Stadträtin



Almuth Nehring-Venus geb. 1959, Journalistin, Stellv. Landesvorsitzende der PDS

von der PDS ist, hat ihn nicht gestört.

### Und die Kultur?

Kein fünftes Rad am Wagen, kein Steinbruch? Kultur steht in ihrer Funktionsbezeichnung an erster Stelle. Die Stadträtin weiß, wie schwer es wird, unter den Bedingungen des finanziellen Notstandes der Stadt die kulturelle Infrastruktur im Bezirk zu erhalten und Neues auf den Weg zu bringen. „Bezirkliche Kultur – das sind nicht nur die Angebote kommunaler Einrichtungen wie Bibliotheken, Museen, Volkshochschulen, Musikschulen, Künstlerwerkstätten und Galerien, für die ich Verantwortung trage, sondern auch die Projekte freier Träger und Initiativen, die ich nach Kräften ermuntern will. Bezirkliche Kultur braucht Austausch, Kreativität, Lebendigkeit, Widersprüche, wo nicht alles glatt und steril ist. Ein Kulturentwicklungsplan für den Bezirk könnte uns helfen, Grundangebote und kulturelle Vielfalt zu sichern.“

Almuth Nehring-Venus mag abstrakte Kunst. Ihr Denken und Handeln dagegen sind sehr konkret. Das geht auch gar nicht anders.

Gespräch: Klaus Gloede

# Der Kommunikator

Gespräch mit dem neuen Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, Jens-Holger „Nilson“ Kirchner (Bündnis90/Die Grünen).



Jens-Holger Kirchner ist seit 1990 Mitglied der BVV Prenzlauer Berg, war in der zweiten Wahlperiode Vorsitzender des Ausschusses Kultur und Bildung, und leitete seit 1996 den Jugendhilfeausschuß. Er ist 42 Jahre alt und hat drei Kinder.

*Mit welchen Inhalten wollen Sie Ihr Amt ausfüllen?*

Meinem Verständnis nach ist die Bezirksverordnetenversammlung das zentrale und entscheidende demokratische Gremium des Bezirkes. Um dieser Rolle besser als im vergangenen Jahr gerecht zu werden, bedarf es einer hohen Diskussionskultur, einer an der Sache ori-

entierten, fairen Auseinandersetzung. Ich bin ein Freund von Debatten, die ohne persönliche Beschädigung des Anderen und mit Respekt vor seinen Ideen geführt werden. Dies zu gewährleisten, gehört zu meinen vornehmsten Aufgaben. Hinzu kommt, daß ich als Vorsteher die Rechte jedes einzelnen Bezirksverordneten sowohl in der BVV als auch in den Ausschüssen zu sichern habe.

*Nun gibt es aber auch noch ein Bezirksamt ...*

Die politische Entscheidungsfindung im Bezirk kann nur bei enger Kooperation und Abstimmung zwischen BVV und Bezirksamt gelingen. Dabei muß das Bezirksamt die BVV als Partner sehen und darf gar nicht erst auf die Idee kommen, etwaige Beschlüsse der BVV nicht ernst zu nehmen. In der Vergangenheit war das nicht immer der Fall, aber das neue Bezirksamt hat jetzt die Chance, auch sein Verhältnis zur BVV neu zu bestimmen. In dieser Konstellation fällt dem Vorsteher die Rolle eines Sachwalters der Rechte und Interessen der Bezirksverordneten gegenüber dem Bezirksamt zu, beispielsweise, wenn einem Ausschuß Informationen vorenthalten werden.

*Wie halten Sie es mit der Bürgerbeteiligung?*

Für mich ist eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen im Bezirk selbstverständlich. Nach der Fusi-

on muß sich der Großbezirk neu definieren, und zwar nicht nur als Verwaltungseinheit der Stadt sondern als Ort, an dem 330.000 Menschen zu Hause sind und sich engagieren wollen, weil sie merken, daß es sich lohnt.

*Dazu muß bekannt sein, welche politischen Entscheidungen im Bezirk anstehen. Wie wollen Sie das erreichen?*

Zu einem wirklich funktionierenden Gemeinwesen kann der Bezirk nur werden, wenn sich seine Bewohnerinnen und Bewohner in die Politik einmischen – und zwar auch jenseits von Parteien. Diese Teilnahme setzt die Chance auf Information und die Transparenz der Entscheidungsfindung voraus. Das schon bestehende Interesse der Öffentlichkeit an unserer Arbeit ist von großem Wert, es kann jedoch gesteigert werden. Das ist für mich eine entscheidende Aufgabe. Die BVV muß ihre Wirkung in die Öffentlichkeit hinein steigern, wenn sie ihrem Anspruch, das entscheidende Gremium des Bezirkes zu sein, gerecht werden will. Wir müssen unseren Internet-Auftritt und unsere Pressearbeit verbessern. Das Zusammenspiel zwischen der BVV, der Verwaltung und betroffenen Bürgern muß gestärkt werden. Um das zu erreichen, habe ich in einem ersten Schritt begonnen, das Büro der BVV zu einer Serviceeinheit für Bezirksverordnete, Bürgerdeputierte und die interessierte Öffentlichkeit umzubauen. Hier werden jetzt beispielsweise auch Spätsprechstunden angeboten.

*Reicht das aus?*

Nein. Wir müssen auch völlig neue Wege beschreiten. Beispielsweise kann die BVV durch Projektwochen die politische Bildung an Schulen unterstützen, und so zugleich die Möglichkeiten kommunaler Politik im direkten Lebensumfeld bekannt machen.

*Interview: Wolfram Kempe*



## Listensammlung

Vom 19. April bis 10. Mai 2002 führt die Volkssolidarität eine Haus- und Straßensammlung durch. Auch die Leserinnen und Leser von extraDrei sind herzlich gebeten, die Arbeit der Volkssolidarität mit dieser Sammlung zu unterstützen.

# Frauenpolitik

Seit Dezember 2001 haben sich in unserem Bezirk zwei Gremien konstituiert, die sich wesentlich um die Interessen und Belange von Frauen kümmern werden.

Zum einen konstituierte sich am 5. Dezember 2001 der Frauenbeirat Pankow, der als überparteiliches Gremium agieren und die Erfahrungen des bisherigen, 1993 gebildeten Frauenbeirats Prenzlauer Berg, weiterführen will. Vertreten sind neben Frauen- und Mädchenprojekten, Verbände, Parteien und das Bezirksamt. Die Zusammensetzung widerspiegelt die verschiedenen Lebenssituationen und Interessenlagen der Frauen im Bezirk. Am 13. Februar 2002 konstituierte sich der Gleichstellungs- und Migrationsausschuß der Bezirksverordnetenversammlung.

Sowohl für die Bildung eines Frauenbeirates als auch für die Bildung eines entsprechenden Fachausschusses hatte sich die PDS in den vergangenen Monaten eingesetzt, beides ist in unserem Wahl-

programm festgeschrieben. Am 7. März werden wir im Ausschuß die Arbeitsschwerpunkte für das laufende Jahr festlegen. Dazu gehören aus meiner Sicht zunächst die Sicherung der bezirklichen Finanzierung der hiesigen Frauenprojekte und die Umsetzung der Strategie des Gender-Mainstreaming-Konzeptes, zu dem die BVV und das Bezirksamt in der vergangenen Wahlperiode bereits einige grundsätzliche Beschlüsse gefaßt haben.

Ziel dabei ist die Berücksichtigung der Prioritäten und Bedürfnisse von Frauen und Männern in allen Politikfeldern, was heißt, den Blick auf die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei allen Konzepten und Maßnahmen zu richten, begonnen bei der Planung, über die Begleitung und Durchführung bis hin zu Bewertungen von Maßnahmen. Um welche Fachgebiete, um welche Politikfelder es in den kommenden Monaten konkret gehen wird, werden

wir im Ausschuß beraten. Auch wie sich das Zusammenwirken mit dem Frauenbeirat Pankow gestalten kann. Dabei sind alle Fraktionen der BVV gefragt und gefordert!

Für mich ist dabei wichtig, daß wir die vielen Erfahrungen und Ideen, die es auch in den Vereinen und Projekten des

Großbezirkes gibt, sehr schnell zusammentragen und bündeln. Ich denke, daß wir mit unserer Arbeit ein Stück beitragen können, daß Frauen ihren Anspruch nach freier, gleicher Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen, kulturellen und politischen Leben verwirklichen können. Das wäre ganz im Sinne des 8. März, dem Internationalen Frauentag.

*Tina Pfaff*



## FRAUENZEIT

FRAUENZEIT ist die Begegnungsstätte für Frauen & Familien in Weißensee. Nahe dem Antonplatz, ist der Laden in der Langhansstraße 141 (Tel 9253492) eine gute Adresse für alle, die aktiv und kreativ sein oder werden wollen, die Hilfe suchen und Unterstützung brauchen.

Monatlich nutzen circa 300 bis 400 Bürgerinnen und Bürger, vor allem Frauen, das breitgefächerte Angebot. In der Trägerschaft des Demokratischen Frauenbundes Landesverband Berlin e.V., gefördert von der Bundesanstalt für Arbeit, der Service-Gesellschaft „zukunft im zentrum“ und dem Bezirksamt, wurde die Begegnungsstätte im März 2001 in der Langhansstraße eröffnet. Ihre zwei Vorgängerprojekte, der „Frauentreff in Weißensee“ und der „Frauentreff FLIP“ im Prenzlauer Berg, haben

viele Jahre erfolgreich gearbeitet. „FrauenZeit“ bietet Information, Beratung und Hilfe, zum Beispiel bei Arbeitslosigkeit, für pflegende Angehörige und einen Service für Seniorinnen. Regener Zuspruch finden Ausstellungen, Vorträge, Veranstaltungsreihen und offene Gesprächsrunden zu vielfältigen Themen. Im „Weißenseer Salon“ werden Frauenporträts und Persönlichkeiten aus verschiedenen Zeitepochen vorgestellt; Gesprächsrunden zu Themen aus dem Bezirk Pankow und zur Geschichte Berlins stehen ebenso auf dem Programm wie Veranstaltungen zu Literatur, Mode und Gesundheit. Großen Wert legen die Mitarbeiterinnen und ehrenamtlichen Helfer der Begegnungsstätte darauf, daß die Besucherinnen und Besucher eigene Ideen verwirklichen und selbst aktiv

werden können. Offene Kreativwerkstätten und der „Lesenachmittag selbst gestaltet“ bieten dafür interessante Möglichkeiten.

Die Begegnungsstätte wendet sich an Frauen und Familien aller Altersgruppen. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf Frauen und Familien, die arbeitslos sind, an ältere alleinlebende Frauen, an Alleinerziehende. „FrauenZeit“ ist gemeinsam mit anderen Einrichtungen ein wichtiger Teil der soziokulturellen Infrastruktur unseres Bezirks.

Die PDS Berlin Drei hat in ihren Aussagen zu den Wahlen zur BVV (2001-06) die Förderung freier Träger und die Erhaltung und Förderung der bestehenden Frauenprojekte im Bezirk versprochen. Die Bürgerinnen und Bürger werden die PDS beim Wort nehmen.

*Renate Tepper*



# Treppauf, treppab im Wahlkreis

Pankow-Süd

Nachdem die Regierung ihre Arbeit aufgenommen hat und die Konstituierung der Ausschüsse abgeschlossen ist, kann jetzt endlich die Parlamentstätigkeit der Abgeordneten beginnen. Neben vielen notwendigen Entscheidungen, die für die Gesamtstadt zu treffen sind, darf die Arbeit im Wahlkreis nicht zu kurz kommen.

Seit 1995 habe ich das Direktmandat in Pankow-Süd. Daher sind mir die Probleme der Menschen in den Ortsteilen und Kiezen meines Wahlkreises gut bekannt. Meine bisherige Arbeit hat Teilergebnisse gebracht; sie muß nun gezielt weitergeführt werden. Dabei helfen mir die Beratungen in der Kiezinitiative in Pankow-Süd, die enge Zusammenarbeit mit Verbänden und Vereinen sowie regelmäßige, meist thematische Sprechstunden im Wahlkreis. Eine feste politische und organisatorische Stütze – nicht nur

in Wahlkampfzeiten – ist für mich das Wahlkreisaktiv der örtlichen PDS-Basis.

Was ist als nächstes zu tun? Ich unterhalte Kontakte zum Investor des Stadtteilzentrums in der Neumannstraße, um mitzuhelfen, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewünschten Leistungen und eine Sortimentsvielfalt in dem ab März 2002 beginnenden Neubau unterzubringen. Für die Brachfläche an der Neumannstraße unterstütze ich eine Zwischennutzung als Grünfläche, um das im Kiez vorhandene Gründefizit abzubauen und die Wohnqualität zu erhöhen. Dazu gehört auch die Umgestaltung des Mittelstreifens durch Begrünung.

Nach der Schließung der Spar-Kaufhalle ist das Tiroler Viertel ohne Einkaufsmöglichkeit. Dazu müßte eine Bedarfsumfrage organisiert werden. Gespräche mit den zuständigen Behörden und Marktbetrei-

bern zum Beispiel über mobile Verkaufseinrichtungen am Brennerberg sind in meinem Plan. Immer wieder werden Gehwegabsenkungen sowie Markierungen für Parkverbote an Kreuzungen im Wahlkreis gefordert. Zusammen mit Behörden will ich nach kostengünstigen und sinnvollen Lösungen suchen. Fehlende Parkmöglichkeiten führen im Kissingenviertel in den Einbahnstraßen sowie in der Berliner Straße zum Ärgernis für die Anlieger. Als Ausgleichsmöglichkeiten werden die Nutzung der Bahnflächen oder des Busbahnhofs vorgeschlagen, wozu aber noch viele Einzelgespräche mit den Beteiligten zu führen sind.

Wahlkreisarbeit heißt viele kleine Schritte als Abgeordnete zu gehen, um für die Menschen Verbesserungen zu erreichen. Dies gehört auch in Zukunft zu meinen Arbeitsschwerpunkten.

*Delia Hinz (MdA)*

## Nach(t)gedanken

Bötzowviertel

„Die PDS im Jahr 2002: Eine Erfolgsbilanz?!“ – So das Thema beim letzten offenen BötZOWFORUM.

Durch den Abend führte Bernd Mewes, sein Gast war PDS-Landesgeschäftsführer Carsten Schatz. Leider war die Teilnahme von Mitgliedern und Sympathisanten der PDS eher bescheiden, viele Stühle blieben leer. Verwunderlich ist, daß bei der anschließenden Themendiskussion die gleichen Stimmen wie immer zu hören waren. Wo doch gerade für mich als parteilosen Gasthörer die Erwartungshaltung eine andere war. Nämlich eine lebhaftere Diskussion und Auseinandersetzung über die junge PDS-Geschichte im Veränderungsprozeß.

Leider ließ man den emotionalen, persönlichen Entwicklungsweg sehr schnell bei Seite und ging gleich zur aktuellen Tagesfrage über. Hier wurden unter anderem die neue Rolle der PDS im rot-roten Bündnis, ihre Verantwortung als mitregierende

Partei, ihr Sachverstand in den Ämtern unter dem schweren Erbe der Schuldenlast unserer Stadt Berlin sowie Befürchtungen und Ängste formuliert und diskutiert.

Als eine andere große Problematik wurden die sinkenden Mitgliederzahlen durch Tod von Mitgliedern und den daraus resultierenden sinkenden Einnahmen festgestellt. Neuzugänge in die Partei gibt es zu wenige, um den Mitgliederverlust auszugleichen. Wen wundert's? Die PDS ist in den Augen vieler Bürger Deutschlands nach wie vor keine „salonfähige“ Partei, solange nicht die Rede von Gysi, Pau oder wenigen anderen politischen Größen ist.

Für mich stellt sich die Frage, wo ist die PDS außerhalb ihrer Versammlungsräume selbstbewußt in der Öffentlichkeit erlebbar? Im BötZOWviertel mag es etwas anders sein. Hier stehen sich Mitglieder und Sympathisanten offen gegenüber, gegenseitige Hilfe wird erlebt, selbst

ich als Marzahner fühle mich dort wohl und finde die Nähe zur Partei lebenswert. Erstaunlich bleibt, wie viele WählerInnen sich zunehmend für diese Partei entschieden haben, wo sie doch, wen man auch fragt, keiner gewählt haben will.

Kein Mitglied einer anderen Partei hat ein Problem damit, zuzugeben, auf welcher Seite er steht. Ein Fazit des Abends ist für mich: erst wenn die PDS aufrecht neben den anderen Parteien ihren Platz überall in Deutschland gefunden hat, wenn sie und ihre Mitglieder das tun, was sie anderen Bürgern mit auf den Weg geben, den aufrechten Gang in der Öffentlichkeit zu zeigen, dann wird es leichter sein zu sagen: ich habe soziale Gerechtigkeit gewählt und ich stehe dazu!

Ich als parteiloser Christ werde keine Mitgliedschaft anstreben, mich aber dennoch für soziale Gerechtigkeit einsetzen und ein Wegbegleiter der PDS sein. *W. Heinemann*

Vor dem Parteitag

# Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft!

„Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft!“ – so lautet das Motto für das Wahlprogramm der PDS zu den Bundestagswahlen 2002, das auf dem Parteitag im März in Rostock verabschiedet wird.

Demokratie- und Sozialabbau, Krieg und ungelöste Probleme in Ostdeutschland haben auch nach 1998 das Land geprägt. Ein Politikwechsel blieb aus. Bietet die Bundestagswahl hierfür noch eine Möglichkeit? Oder wird der Wunsch nach einer anderen Politik mit der Wahl von Schröder oder Stoiber aufgegeben? Das ist die bestimmende Frage im Wahljahr 2002 – und nicht Konstellationen.

Die PDS stellt sich dem: Mit Politikangeboten im Wahlprogramm für eine neue Beschäftigungspolitik und mehr Arbeitsplätze, für die Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme, für einen Aufbruch für Ostdeutschland, eine friedliche Lösung globaler Probleme und für öffentliche Sicherheit sowie Bildungsgerechtigkeit.

Die PDS setzt zu den Bundestagswahlen auf Platz: Wir wollen drittstärkste Kraft werden. Wir sind eine oppositionelle Partei zu der derzeitigen Regierungspolitik und

der noch übleren konservativen Variante.

Bundeskanzler Schröder setzt 2002 vorrangig auf Machterhalt. Koalitionsfragen sind dem nachgeordnet. Für die Grünen wackelt der Wiedereinzug in den Bundestag. Auf der anderen Seite rückt der Bürgerblock heran. Es droht der Lagerwahlkampf. Die inneren Kräfteverhältnisse verschieben sich, über den zukünftigen Wählerinfluss herrscht Ungewißheit. Es gilt: Die Funktion der PDS als starke parlamentarische und – wo dem Inhalt nach möglich – auch regierende Kraft im Wechselspiel mit außerparlamentarischen Bewegungen, im Verhältnis zur Gesellschaft, muß neues Gewicht erlangen.

Die PDS ist – Berlin hat das gezeigt – gestärkt als Machtfaktor im Parteiensystem. Wir kämpfen um diese wachsende Stärke in Ost und West und bringen dies politisch zur Geltung. Die PDS orientiert deshalb auf strategische Autonomie. Das heißt: Mit dem Wahlprogramm und dem kommenden Wahlkampf nehmen wir offensiv den Konflikt mit den anderen Parteien auf. Nicht durch Rückzug aus dem Gestaltungsanspruch, sondern durch Gestaltungsanspruch nach eigenen, ge-

sellschaftlich getragenen Maßgaben. Wir gewinnen Stärke durch die Inszenierung des Konflikts um alternative Gestaltungsoptionen.

Denn das Ziel von Opposition ist nicht Opposition, sondern eine andere Politik.

So machen wir den Konflikt erlebbar, Alternativen erkennbar und abstimmbare, mehrheits- und minderheitsbildend.

Der Wahlprogrammwurf der PDS macht deshalb innovative und realistische Vorschläge für eine sozial gerechtere und demokratische Politik gegenüber den Akteuren in unserer Gesellschaft. Er entwickelt Alternativen zur herrschenden Politik, kämpft um deren Mehrheitsfähigkeit und um deren Durchsetzbarkeit, dort wo gesellschaftliche Mehrheitsverhältnisse vorhanden und politische Partner bereit sind.

*Sandra Brunner*  
Bundesparteitagsdelegierte  
Bezirk Drei



Sandra Brunner ist Mitautorin des Programmwurfes und Bundesvorsitzende von SOLID. Der PDS-Bezirksvorstand schlägt sie als Direktkandidatin für den Wahlkreis 77 vor.

## PDS-Kieztreff Weißensee

Der Kieztreff in der Pistoriusstraße 24 ist nicht nur für Weißenseer Bürgerinnen und Bürger zu einem beliebten Treffpunkt geworden.

Bildungsveranstaltungen und Geschichtsdebatten, politische Diskussionsrunden, Buchlesungen, Klubsitage der Volkssolidarität, Beratungen von Bürgerinitiativen und Vereinen stehen ebenso auf dem Veranstaltungskalender wie Skat- und Rommerrunden, Geburtstagsfesten und gesellige Veranstaltungen, beispielsweise zum Internationalen Frauentag. Die Arbeit des PDS-Ortsverbandes Weißensee wäre ohne

den Kieztreff schwer vorstellbar. Hier führen Basisorganisationen ihre Versammlungen durch, der Ortsvorstand berät politische und organisatorische Aufgaben, Basissprecher diskutieren aktuelle Probleme. Bürger suchen Kontakte zu Abgeordneten, junge Leute treffen sich zu Gesprächen. Interessierte finden politische Materialien. Infostände werden vorbereitet und in Wahlkampfzeiten Plakate geklebt.

Engagierte ehrenamtliche Arbeit von Vielen und vertrauensvolles Miteinander machen diese Arbeit möglich, ebenso wie die „Geschäfts-

zeiten“. Dabei befindet sich der PDS-Kieztreff in guter Nachbarschaft. Frei-Zeit-Haus, Stadtgeschichtliches Museum, Umweltbüro, Bibliothek sind in der Nähe. Und manche Veranstaltung wird in Kooperation verwirklicht. Viele angedachte und neue Ideen warten darauf, gestaltet zu werden. Der Klubrat würde sich über neue Mitstreiter freuen.

Leider ist die Außenwerbung/Fassadengestaltung (Denkmalschutz) nicht informativ und einladend. Aber, so ist zu hören, daran wird gearbeitet. *Renate Tepper*

**Geschäftszeiten**  
Montag bis  
Donnerstag  
14-17 Uhr  
Tel. 9 25 31 33

Eine feste Größe im Bezirk

## Antifaschistische Aktionswoche

Eine antifaschistische und anti-rassistische Demonstration mit 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am 2. Februar vom S-Bahnhof Prenzlauer Allee zum Alexanderplatz markierte den erfolgreichen Abschluß der vierten Nordberliner Antifaschistischen Aktionswoche, und es wird nicht die Letzte sein. Im Antifaschistischen Aktionsbündnis III [A3] zusammengeschlossene Gruppen veranstalten die Aktionswoche alljährlich.

im Internet:  
a3.antifa.de

Schwerpunkte diesmal: neofaschistische Strukturen, Rassismus und

Überwachung. Themen, die in einer Fülle von Aktionen, darunter Infoveranstaltungen, Ausstellungen, Rundgänge, Konzerte und Videokundgebungen aufgegriffen wurden. Neonazis, darunter NPD und Kameradschaftsstrukturen, hatten im Vorfeld und während der Antifawoche massiv gehetzt. Manche Veranstaltung versuchten Nazis erfolglos zu stören, zudem tauchten zahlreiche Schmierereien von Nazisymbolen und antisemitischen Sprüchen in Pankow auf.

Das Bündnis sieht die Aktions-

woche mittlerweile als eine feste Größe im Bezirk, die Aktionen erfreuten sich einer regen Beteiligung. Doch diese Bündelung antifaschistischer Aktivitäten hat noch ein anderes Ziel: die Vernetzung des Widerstands in der Region. Dies betrifft Isolierung und Verhinderung von Nazis und deren Aktivitäten ebenso wie der Kampf gegen rassistische Denkmuster in der Bevölkerung und Politik sowie Widerstand gegen die Errichtung eines totalitären Überwachungsstaates.

Das Antifaschistische Aktionsbündnis entstand Ende 1998, als Pläne der neofaschistischen Republikaner bekannt wurden, in Pankow die Bundeszentrale zu errichten. Es organisierte breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen dieses Domizil in der Berliner Straße. Am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, dem 27. Januar, zieht alljährlich eine von der Kommission Bürgerarbeit und dem [A3] im Rahmen der Aktionswoche organisierte Lichterkette vor die Rep-Zentrale; 2002 mit rund 350 Menschen wieder mehr als im vergangenen Jahr.

Roland Peters



## WANNWOWASWANNWOWASWANN

15. März

18 Uhr Versammlung der nicht im BT-Wahlkreis organisierten Mitglieder zur Wahl für die Vertreterkonferenz, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

16. März

11 Uhr Skatvormitag im Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24

16./17. März

3. Tagung des 7. Bundesparteitags der PDS in Rostock

21. März

17 Uhr Veranstaltung zur Programmdiskussion mit André Brie. Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24

27. März

16 und 19 Uhr Basistag der PDS Berlin Drei, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

1. April

13 Uhr Berliner Ostermarsch  
15 Uhr Abschlußkundgebung am Potsdamer Platz

9. April

19.30 Uhr BötzwFORUM: „Parteitag in Rostock – ein innen- und außenpolitisches Signal?“ mit Wolfgang Gehrcke (MdB), Kurt Tucholsky-Bibliothek, Esmarchstraße 18

11. April

Vertreterversammlung für die Wahl der PDS-KandidatIn im Bundestagswahlkreis 84

13. April

10 Uhr Vertreterversammlung für die Wahl der PDS-KandidatIn im Bundestagswahlkreis 77, im Tagungssaal der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17

19 Uhr „Ostdeutsche Perspektiven – Forum zur sozialen und wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland“ mit Christa Luft (MdB), Moderation: Marian Krüger (MdB), im Hotel „Alt Karow“, Alt Karow 2

25. April

16 und 19 Uhr Basistag der PDS Berlin Drei, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

1. Mai

Humannplatz-Mai-Fest

### Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei  
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin  
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de  
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper, Klaus Gloede  
und Wolfram Kempe

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 1. März 2002  
Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe: 11. April 2002  
Auslieferung der nächsten Ausgabe: 18. April 2002

Druck: double express Auflage: 15.000

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.